

Haushaltsrede 2014

von Gemeinderat Timo Martin am 20.01.2014



**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bänziger,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung,
verehrte Bürgerinnen und Bürger,**

es dürften wohl in unserer Gemeinde die schnellsten Haushaltsberatungen aller Zeiten gewesen sein. Die wesentlichen Eckpunkte des Etats 2014 wurden im September auf einer erstmaligen, und von der WBB übrigens lange Jahre geforderten Klausurtagung des Gemeinderates festgezurrt. Wir bedanken uns ausdrücklich bei Ihnen, Herr Bänziger, dass Sie nun doch dem ausdrücklichen Wunsch der Gemeinderatsmehrheit entsprochen haben, die Haushaltsverabschiedungen auch künftig erst zu Beginn eines neuen Jahres vorzunehmen.

Die schnellen und überwiegend einstimmigen Beratungen resultieren jedoch nicht von einer scheinbar nie gekannten Gemeinderatsharmonie, sondern die meisten Parameter, Einnahmen wie Ausgaben, werden weiterhin der Gemeinde von außen diktiert. Und diese Parameter sind gegenüber den schlechten Haushaltsjahren 2010 und 2011 hervorragend.

Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben

„Weiterhin gute Konjunkturaussichten, Rekordeinnahmen für Kommunen“ – diese Schlagzeilen gehen aktuell an keinem Bürger vorüber. Auch an demjenigen nicht, der verwundert seine **höhere Wasserrechnung** studiert, der in den vergangenen drei Jahren durch **zweimalige Grundsteuererhöhung** mehrbelastet wurde, der im Landkreis mit die **höchsten Kinderbetreuungsbeiträge** zahlt, oder den Traum vom Eigenheim bei einem **Quadratmeterpreis von inzwischen 400,- €** (wie von Verwaltung und Gemeinderat im Neubaugebiet Moorblick beschlossen) möglicherweise begraben muss.

Wir Verantwortlichen sind gefordert, mit einer Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben positive Lösungen zu finden, um unsere Gemeinde attraktiv, lebenswert, fortschrittlich und vielleicht auch einzigartig in der Region zu halten, gleichzeitig jedoch auch die finanziellen Belastungen der Bürger sprichwörtlich „nicht über Gebühr“ zu steigern.

Hier entbrannten im Gemeinderat in den letzten Jahren häufiger kontroverse Diskussionen, beispielsweise über Notwendigkeiten von Grundsteuererhöhungen oder der Schaffung oder Streichung von Personalstellen.

Zur Erinnerung: Am 08. Dezember 2011 war auf der Titelseite der Weingartener Woche zu lesen: „CDU lehnt Erhöhung der Grundsteuer ab“. Dafür gab es sicherlich in manchen Wohnzimmern Applaus!

Wenige Wochen später stimmte dann plötzlich auch die CDU-Fraktion geschlossen der damaligen zweiten Grundsteuererhöhung binnen zwei Jahren zu, allerdings dann ohne Titelschlagzeile und vermutlich mit nur mäßigem Applaus.

Letztlich, das hat vor allem der Haushalt 2013 wieder überdeutlich gezeigt, sind viele Haushaltsansätze reine Makulatur, wenn Großinvestitionen wie die Erschließung von Baugebieten nicht oder erst in anderen Haushaltsjahren getätigt werden, dadurch Grundstückseinnahmen im Millionenbereich ausfallen, oder das „politische Füllhorn“ ohne Not neue Freiwilligkeitsleistungen vor einer Kommunalwahl beschließt.

Keine Lösung für „Strukturelles Defizit“ in Sicht

Und damit sind wir bei der größten Baustelle der Weingartener Finanzen, der schon inflationär gebräuchlichen Bezeichnung „**Strukturelles Defizit**“.

Der Verwaltungshaushalt wirft zu wenig Ertrag ab, ein Missverhältnis zwischen zu wenigen Einnahmen im Verhältnis zu ständig weiter steigenden jährlichen Ausgaben.

Wörtlich heißt es in der Haushaltssatzung auf Seite 17:

„Es besteht nach wie vor noch ein strukturelles Defizit. Das bedeutet eine nicht unerhebliche Vorbelastung für den Vermögenshaushalt, da die Investitionen ausschließlich über Veräußerungserlöse bzw. Kredite finanziert werden müssen“.

So auch in diesem Jahr. Trotz höchster Steuereinnahmen aller Zeiten ist eine weitere Kreditaufnahme von einer Million Euro in 2014 notwendig, obwohl der Verwaltungshaushalt genau das Gegenteil, nämlich mindestens eine Million Euro für Investitionen oder Rücklagen abwerfen sollte.

Seit 7 Jahren bin ich nun für die WBB im Gemeinderat.

Wir engagieren uns und treten mit einer gewissen gemeinsamen haushaltspolitischen Vorstellung und Motivation an, und auch einer Politikverdrossenheit entgegen!

Man möchte es einfach „besser“ machen, als die kühlen Parteistrategen in Stuttgart und Berlin. Die jüngsten „Groko“- Verhandlungen von CDU und SPD nach der Bundestagswahl zeigten doch überdeutlich, wozu man in Sachen Ausgaben gegen jegliche menschliche Vernunft bereit ist, wenn es um Machterhalt, Machtbeteiligung, Einfluss und Karrieren geht.

Eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger ist überzeugt, dass der Koalitionsvertrag zu viele Ausgaben und Geschenke beinhaltet, der jungen Generation wird eine Schuldenlast aufgebürdet, die diese eigentlich nie mehr stemmen kann.

Jeder weiß es, trotzdem wird abgenickt, man gewöhnt sich daran, war ja in den letzten Jahrzehnten schon immer so. Man möchte auch wieder gewählt werden.

Also machen wir es in Weingarten besser. Wir versuchen es zumindest. Der gesamte Gemeinderat möchte ehrgeizig den Haushalt konsolidieren, so wird es zumindest fraktionsübergreifend seit 4 Jahren verbal zum Ausdruck gebracht. Bürgermeister Bänziger trat in einem äußerst schwierigen Haushaltsjahr 2010 übrigens mit derselben Zielvorstellung an.

Ernüchterndes Zwischenfazit zur Haushaltskonsolidierung

Zur Halbzeit Ihrer Amtszeit ziehen wir auf diesen Punkt bezogen ein etwas ernüchterndes Fazit!

Die WBB-Fraktion hatte selbst bei den scheinbar positiven Jahresrechnungen in den letzten Jahren öfters zum Ausdruck gebracht, dass aus ihrer Sicht die bisherige Konsolidierung nicht ausreichend ist, und die befriedigenden Ergebnisse ausschließlich der guten Konjunktur mit entsprechenden Steuermehreinnahmen zuzurechnen sind. Natürlich konnten wir auch einige positive Dinge erreichen, Beschaffungs- und Dienstleistungsverträge optimieren, sonstige Einsparungen erzielen, insgesamt besser haushalten.

Es reicht aber einfach nicht!

Und schon gar nicht, wenn parallel immer wieder weitere Freiwilligkeitsleistungen beschlossen werden, wie beispielsweise der jüngste SPD-Antrag zum Beitritt Weingartens zur Sozialregion Karlsruhe.

Ohne Not und angesichts der vielfältigen und kostenfreien vorhandenen Angebote werden weitere jährliche Zusatzausgaben beschlossen. Und Sie, Herr Bänziger, unterstützen solche Mehrausgaben durch Ihre Beschlussvorschläge ausdrücklich!

Oder man ist bereit auf Einnahmen zu verzichten, wie der Antrag der Grünen Liste vom Herbst 2013, der für eine Klientel Ausnahmen bei der gesetzlich vorgeschriebenen Hundesteuer vorsah.

Was wir auch nicht wissen, wie oft werden öffentliche Einrichtungen trotz vorhandener Gebührensatzung per Ausnahme kostenfrei überlassen, wie genau werden die Leistungen des Eigenbetriebes Bauhof tatsächlich den Verursachern in Rechnung gestellt, und, und, und...

Wir möchten damit keinesfalls ausdrücken, dass wir Geld zum Fenster rauswerfen! Auch für die genannten Anträge gibt es mitunter gute Gründe, zuzustimmen.

Nur es passt eben unterm Strich nicht.

WBB hatte Hausaufgaben für Konsolidierung erledigt

Im Jahr 2012 begnügte sich das Gremium nach zwei schlechten Haushaltsjahren lediglich mit einem Bruchteil der notwendigen nachhaltigen Einsparungen, nämlich 80.000 €. Bürgermeister Bänziger forderte die Fraktionen auf, weitere 170.000 € nach Prioritäten getrennt, zusammen zu tragen.

Unsere Hausaufgaben reichten wir schriftlich ein, wir ermittelten ein „Potenzial“ von zusätzlichen 255.000 €, wo wir der Meinung waren, dass diese Einsparungen im täglichen Lebensumfeld nicht sonderlich ins Gewicht fallen werden. Über den Antrag wurde jedoch nie ernsthaft diskutiert, Vorschläge anderer Fraktionen oder Einzelgemeinderäten gab es schlichtweg nicht.

Um den Bogen wieder zu unseren eingangs genannten haushaltspolitischen Grundsatzvorstellungen zu spannen, ist es doch regelrechte Pflicht, als Mandatsträger unabhängig von Wahlen auch mal unbequem auszusprechen, was wir uns eben nicht mehr leisten können!

Oder wo man tatsächlich bereit ist, durch veränderte Gesellschaftsansprüche an anderer Stelle zu sparen. Hier hat jede Fraktion berechtigterweise unterschiedliche Prioritäten. Diese dürfen jedoch nicht nur in Aussagen münden, was man alles nicht streichen kann, sondern es müssen klare Ansagen erfolgen, wo man im Gegenzug zu Einsparungen oder Umschichtungen bereit ist.

Das vermissen wir trotz vielfacher Aufforderungen vom Bürgermeister und den anderen Fraktionen bis zum heutigen Tage!

Ist das zukunftsweisend? Ist das generationengerecht?

Personal

Kommen wir zum Personal, das auch eine ganz wichtige Ressource für die Gemeinde darstellt.

Fähige, motivierte Mitarbeiter, egal ob beim Bauhof, Forst, Hallenbad, Zweckverbänden, Wasserversorgung oder im Rathaus – sind goldenes Kapital der Gemeinde!

Dies gilt es durch entsprechende Personalführung, Weiterbildungsangebote, Ausstattung des Arbeitsplatzes nach zeitgemäßen Richtlinien, zu bewahren.

In der Praxis zweifeln wir jedoch mitunter, ob das Personal tatsächlich immer den Vorstellungen entsprechend eingesetzt wird.

Wir haben mal Statistik geführt: Über 70 Einladungen bekommen wir Mandatsträger im Schnitt innen eines Jahres von Vereinen, Institutionen und natürlich auch der politischen Gemeinde. Konzerte, Spatenstich, Richtfest, Einweihungen, Enthüllungen, Vernissagen, Empfänge, Ehrungen, Verleihungen, Feierstunden, Fahrzeugübergaben, Infoabende usw.

Letztes Jahr hatte alleine die Gemeindeverwaltung zu fast 30 Veranstaltungen eingeladen. Studierte und hochqualifizierte Mitarbeiter müssen also im Schnitt alle zwei Wochen eine Veranstaltung durchorganisieren, dekorieren, aufbauen, spülen, einschenken, wischen, anwesend sein, oftmals noch aufräumen!

Zusammen mit der überdurchschnittlichen Pressearbeit, der neuen Homepage, auf der es keine Seite ohne überdimensionales Bild vom Bürgermeister gibt, könnte man auch von einer Rathaus-Marketingabteilung sprechen. Denn auch Kugelschreiber, Taschen, Blöcke, Werbegeschenke, und unzählige Hochglanzprospekte dürfen für eine perfekte Inszenierung nicht fehlen. Auf die Leistungsschau im April 2014 dürfen wir bereits heute gespannt sein.

Konsolidierung lebt man den Bürgern so allerdings nicht vor!

Und auch nicht bei der Grundsteinlegung des Kindergartens, oder dem Spatenstich für das Feuerwehrhaus, wenn für jeweils über 100 Personen exklusive Buffets aufgefahren werden.

Vielleicht geht es auch mal wieder ein paar Nummern kleiner?

Und bei entsprechender Organisation wäre es auch nicht nötig, dass ein Bauhofmitarbeiter mehrmals die Woche mit einem unwirtschaftlichen Lieferwagen die Gemeinderatsunterlagen verteilt. Dafür gibt es die Post oder private Zusteller, wenn die Unterlagen rechtzeitig fertig gestellt würden. Vermutlich sind hierfür jedoch zu viele gemeindliche Baustellen gleichzeitig geöffnet.

Es sind die vielen kleinen Dinge, die selbst in Summe nicht unbedingt den Haushalt retten. An die großen freiwilligen Ausgaben, Stichwort Hallenbad, trauen wir uns alle auch nicht ran.

Wenn wir jedoch den Bürgerinnen und Bürgern höhere Gebühren und Steuern abverlangen, sollte zumindest die Verwaltung **authentisch, sparsam und beispielhaft vorgehen**.

Rückzahlung vor Umschuldung!

Unser Ziel ist weiterhin ein schuldenfreier **Kernhaushalt!** Aktuell bezahlen wir im Schnitt jährlich rund **200.000 Euro Zinsen**. Auf 10 Jahre gerechnet stünde eine ordentliche Investitionssumme von zwei Millionen Euro bereit. Oder anders ausgedrückt, die Summe entspricht bereits 1/5 des gemeindlichen Mindestkonsolidierungsziels.

Im Jahr 2015 laufen fünf von neun kommunalen Krediten mit einer ursprünglichen Kapitalsumme von über 4,1 Mio. € (davon noch ca. 2 Mio. € Restschuld) und einem Durchschnittszinssatz von ca. 4,4 Prozentpunkten aus. Wir kündigen bereits heute an, dass wir aufgrund der weiterhin guten Konjunkturaussichten keine Umschuldungen, sondern möglichst vollständige Rückzahlungen anstreben.

Die WBB-Fraktion nimmt Stellung zu einer Auswahl von Einzelthemen:

Verkehr: Lösungen für L559/Jöhlinger Straße – Trassenführung Südrandstraße:

Die WBB hatte sich im Jahre 2013 im Rahmen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, sowie in einer öffentlichen, und mit rund 70 Bürgerinnen und Bürgern sehr gut besuchten Gesprächsrunde der Oberdorbewohner, intensiv mit den Verkehrsproblemen in Weingarten und insbesondere der höchst unbefriedigenden Situation der L559/Jöhlinger Straße befasst.

Wir kommen weiterhin zur Feststellung, dass zentrale Entscheidungen, Resolutionen und Forderungen wie beispielsweise die von Herrn Bürgermeister Bänziger im Frühjahr 2014 angestrebte

Gemeinderatsentscheidung über den Trassenverlauf der Südrandstraße westlich der Bahn unbedingt im großen Kontext über die Gemarkungsgrenzen Weingartens hinaus betrachtet werden müssen!

Dabei sind aktuelle Gesetzesänderungen, Verträge über Straßenabstufungen (künftige Klassifizierungen), neue Bundes- und Landesverkehrswegepläne sowie eine aktualisierte Verkehrsdatenerhebung einschließlich Berechnung über jetzige und künftig zu erwartende Verkehrsbewegungen zu berücksichtigen und dem Gemeinderat einschließlich der Öffentlichkeit ausführlich darzulegen. Hierzu haben wir vergangene Woche einen dreistufigen Antrag mit dem Ziel eingereicht, die Bedeutung der künftigen Südrandstraße sowie der Bahnquerung nochmals ganz genau zu analysieren.

Wir zweifeln nämlich immer mehr, ob der vom Regierungspräsidium vorgestellte kostenintensive Baustandard tatsächlich erfüllt werden muss, wenn die Straße selbst vielleicht gar keine überregionale Bedeutung, sprich Landstraßen-Klassifizierung, mehr erhält.

Der genaue Wortlaut und Inhalt des Antrages kann unserer Homepage unter www.wbb-weingarten.de (Kommunalpolitik – WBB-Anträge) entnommen werden.

Festplatzareal - Neubau einer Kulturhalle - Erweiterung der Mineralix-Arena

Anfang November 2013 stellten wir in unserer flächendeckend verteilten 30. Frühstückszeitung eine Konzeption unserer Fraktion vor, die einige Lösungen für das große Areal zwischen Bauhof, Walzbachhalle, Festplatz und Mineralix-Arena beinhaltet. Eine veränderte Verkehrsführung, verbunden mit einem Kreisverkehr, bremst den Verkehr und die Belastung der Ringstraße deutlich.

Die Sicherheit von Schulwegen und vor allem für die Benutzer der Mineralix-Arena wird gesteigert. Mit einer städtebaulichen Überplanung des gesamten Bereiches können Akzente für das kulturelle und sportliche Leben Weingartens für viele Jahrzehnte geschaffen werden.

Die beiden Hallen auf modernstem Niveau bilden dafür die Eckpfeiler. Denkbar aus unserer Sicht ist der Bau einer zusätzlichen Kulturhalle. Kein Prestigeobjekt, sondern lediglich eine funktionale Leimbinderkonstruktion, mit Rolltoren und einem asphaltierten Boden. In Pfinztal-Berghausen steht seit fast 30 Jahren eine vergleichbare rein funktionale Halle. Selbst die Ringer können künftig ihre Finalkämpfe in Weingarten austragen. Ebenfalls sieht das Konzept eine Lösung für die gewünschte Erweiterung der Mineralix-Arena vor. Die Konzeption finden Sie ebenfalls ausführlich beschrieben auf unserer Homepage unter www.wbb-weingarten.de (Publikationen – 30. Frühstückszeitung).

Illegale Bauten in Wochenendgebieten:

Wir haben überhaupt kein Verständnis, dass das leidige Thema der Wochenendgebiete Effenstiel und Gehren scheinbar ausgesessen wird, zumindest nicht mit der notwendigen Akribie auf eine Lösung hingearbeitet wird.

Der interfraktionelle Antrag von WBB, SPD, Grüne Liste und FDP datiert vom November 2009 (!). Er sieht eine Überarbeitung der bestehenden Satzung vor, sowie Abbruchverfügungen gegen illegalen Bauten durch die Baurechtsbehörde einzuleiten. Eine Bestandsanalyse ist das einzige, was in einer kompletten Gemeinderatslegislatur trotz permanenten Nachfragen verschiedener Fraktionen geschehen ist. Die Gemeinde wartet auf die Baubehörde Landratsamt, diese scheinbar auf die Gemeinde, die Gemeinderäte warten auf irgendetwas – es tut sich einfach nichts! Hier müssen wir den Druck, auch der Baubehörde gegenüber, deutlich erhöhen!

Baurecht:

Durch zu viele Ausnahmegenehmigungen in den vergangenen Jahrzehnten, unklare oder überhaupt nicht vorhandene Bebauungspläne, der Anwendung des berühmten Paragraphen 34 („muss sich in die nähere Umgebung einfügen“) kommt es immer häufiger zu ernsthaften Konflikten.

Am Ende einer Legislaturperiode muss man den Mitgliedern des AUT (Ausschusses für Umwelt und Technik) mal wirklich Respekt zollen, wenn man sieht, mit was sie in den letzten fünf Jahren alles konfrontiert wurden!

Befürworter, Investoren und Gegner reichen sich die Klinke, bedrängen mitunter die ehrenamtlichen Gemeinderäte persönlich, und in einer selten gekannten Vehemenz.

Wir brauchen als Gesamtgremium einen klaren Kurs, dürfen der Baugerechtigkeit wegen Befreiungen nur dann zulassen, wenn Festsetzungen zu Härtefällen führen, die beim Satzungsbeschluss weder abzusehen noch gewollt waren. Dafür müssen etliche Bebauungspläne überarbeitet und mit zeitgemäßen Standards versehen werden. Dazu gehören auch neue Reglementierungen, über die man sich vor einigen Jahren noch keine Gedanken machen musste. Beispielsweise die Anordnung von Luftwärmepumpen ausschließlich innerhalb eines Baufensters, damit die Betriebsgeräusche bei einem Aufstellungsort an der Grundstücksgrenze nicht die Nachbarn belästigen. Oder neben ausreichenden PKW-Stellplätzen auch künftig Fahrradstellplätze, wie es der Entwurf der neuen Landesbauordnung vorsieht.

Unsere Fraktion wird sich aufgrund des weiter steigenden Parkdrucks in Weingarten auch weiterhin massiv für die Einhaltung der Stellplatzsatzung verkämpfen, auch wenn die Baurechtsbehörde dies häufig anders sieht.

Lärmschutz entlang der Bundesautobahn 5:

Auf dieses Thema sind wir ebenfalls in unserer 30. Frühstückszeitung ausführlich eingegangen. Wir warnen weiterhin vor Populismus und falschen Versprechungen! Dennoch ist die Realisierung wieder deutlich näher gerückt, da aktuell in der Region und in Stuttgart beim Projekt S 21 viel Aushub anfällt, und die Marktpreise sich für die Gemeinde positiv verändert haben.

Für unsere Fraktion war die wichtigste Aussage der Regierungspräsidentin Kressl, gegebenenfalls auf die Freihaltetrasse einer vierten Fahrspur verzichten zu können. Der Lärmschutzwall würde näher und effektiver an die Lärmquelle rücken, weniger Waldflächen müssten durch die Reduzierung der Sohle in Anspruch genommen werden, was bei entsprechender Bepflanzung eine zusätzliche Schutzfunktion bedeutet. Wir verstehen die Sorgen der Betroffenen, die einem neuen Plangenehmigungsverfahren kritisch gegenüber stehen, wir sind uns jedoch sicher, dass die Umsetzung des Verfahrens nicht sonderlich zeitintensiv ist, denn schließlich wird zum Wohle der Natur und der Menschen eine große, schon genehmigte Maßnahme durch einen kleineren, umweltverträglicheren Eingriff ersetzt.

Flächennutzungsplan – Breitwiesen:

Wir sind bei der letzten Kommunalwahl mit der klaren Botschaft angetreten, die Breitwiesenflächen nachhaltig gegen Bebauungsabsichten zu schützen. Im Dezember 2008 gab es mit der sogenannten Siedlungsstudie gegen die Stimmen der WBB-Fraktion einen Gemeinderatsbeschluss, der u.a. 13,5 Hektar Breitwiesenflächen für eine spätere Bebauung auf Basis des Flächennutzungsplanes mit Jahreszahlen der Realisierung vorsah.

Wir freuen uns, dass zwischenzeitlich im Gemeinderat zum Thema Flächenverbrauch und die Bedeutung der Breitwiesen ein großes Umdenken stattgefunden hat. Mit der Herausnahme von einigen Flächen aus dem neuen Flächennutzungsplan 2015 wähnt sich unsere Fraktion nahezu am Ziel.

Gleichzeitig lehnen wir unter aktuellen Gesichtspunkten weiterhin eine direkte Anbindung des Breitwiesenweges an die B3, oder eine beidseitige neue Erschließungsstraße Richtung Burgstraße definitiv ab.

Künftige Nutzung des Baggersees

Viele beklagen die vermeintlich zu hohen Parkgebühren, vermutlich ist jedoch nur den wenigsten bekannt, dass bei Einnahmen von jährlich ca. **50.000 €** die Ausgaben für die Bereitstellung der sanitären Anlagen, Bauhofleistungen, Müllentsorgung und vor allem für den unverzichtbaren Sicherheitsdienst im Gegenzug einen **sechsstelligen Betrag** erreichen.

Einer letzten Stufe der Baggerseeerweiterung zur Abrundung der Seefläche stimmen wir zu. Dabei ist die vom Regionalverband angedachte Auskiesungsfläche bereits vom Gemeinderat deutlich reduziert worden. In der nächsten Gemeinderatsperiode müssen Konzepte für die künftige Nutzung und für die Qualitätserhaltung des Wassers erarbeitet werden. Haushaltstechnisch muss die Gemeinde nach Beendigung des Kiesbetriebes auf ca. **200.000 € jährliche Kiespacht** verzichten.

Damit schließt sich wieder der Kreis des dann weiter steigenden strukturellen Defizits.

Interkommunale Zusammenarbeit

Zum Schluss möchten wir noch das Thema **Interkommunale Zusammenarbeit** beleuchten. Früher war es jahrzehntelang üblich, Infrastruktur im Wettbewerb der Nachbardörfer parallel zu errichten. Selten schaut man über den eigenen Tellerrand, siehe Verkehrsthematik, Schaffung von Doppelstrukturen usw.

Sportstätten, Hallenbad, Dienstleistungen, Feuerwehr, Bauhof, Interkommunales Gewerbegebiet – es gibt viele Themen, die sich für eine interkommunale Zusammenarbeit im Hinblick auf wirtschaftliche Vorteile aller beteiligten Kommunen eignen, und vom Nachbarschaftsverband in öffentlichen Workshops sogar vorangetrieben werden!

Wenn alle Beteiligten die Bereitschaft zeigen, an einem Strang ziehen, dann sind künftig vielleicht Projekte möglich, von denen man heute nicht mal träumen vermag.

Aktuell möchte die Kreisstadt Stutensee für 7,5 Mio. € ein Hallenbadneubau am Schulzentrum Blankenloch realisieren. Weingarten stimmte in der Sommerpause 2005 mit einer hauchdünnen Mehrheit von 8 Ja-Stimmen (CDU, Altbürgermeister Scholz, Freie Wähler) und 7 Neinstimmen bei einer Enthaltung für den Abriss des alten Freibades, sowie eine Verlagerung an das Hallenbad.

Genau 10 Jahre später stellen wir fest: außer einem Kinderbecken und der Geländearrondierung ist nichts passiert – und wird vermutlich auch nichts mehr passieren.

Die damaligen Befürworter der „großen Lösung Freibadverlagerung“ schweigen hierzu seit Jahren.

Das Hallenbad und seine Infrastruktur hat dagegen weitere 10 Betriebsjahre auf dem Buckel, ein neues finanzielles Fass ohne Boden droht in den nächsten Jahren. Die jährlichen Zuschüsse von aktuell **767.000 €** (Erhöhung vom Defizit um weitere 83.000 € gegenüber dem Rechnungsergebnis 2012) werden weiter steigen.

Ein nicht zu Ende gedachtes und verwirklichtes Badkonzept lähmt erneut auf Jahre unseren Haushalt.

Vielleicht gibt es hier Ansätze für eine interkommunale Zusammenarbeit? Möglich ist vieles, wenn man es ernsthaft möchte.

Zustimmung für Haushaltsplan sowie der Wirtschaftspläne 2014

Der vorgelegten Haushaltssatzung, sowie den Wirtschaftsplänen Wasser, Abwasser und Bauhofes stimmt die WBB-Gemeinderatsfraktion zu.

Wir danken der Verwaltung für die gute und vertrauensbasierte Zusammenarbeit, selbstverständlich danken wir auch all denjenigen, die sich in irgendeiner Form in den zahlreichen örtlichen und überörtlichen Vereinen und Organisationen uneigennützig für die Allgemeinheit engagieren.